



Unionspate Strauß, Unionsneffe Kohl: Für den Neuling Beistand und Rat durch einen Mann der ersten Stunde

Strauß: Der Mann, der Kohl regiert

Franz Josef Strauß will es noch einmal wissen: Die Schlüsselpositionen im Schattenkabinett des Kandidaten Kohl besetzte er mit Vertrauten, im Falle eines Wahl-

sieges beansprucht er die Richtlinienkompetenz, Kurs hart rechts. Nur ein Bündnis mit der FDP könnte die Union vom Diktat des machtbesessenen Bayern befreien.

Alle kommen dran, wenn Franz Josef Strauß im Wahlkampf spricht. Nur einer nicht — Helmut Kohl.

Die Guten werden gelobt — die Strauß-Freunde Carstens und Dregger —, die Bösen verdammt — die Strauß-Gegner Schmidt, Brandt und Genscher. Den Kanzlerkandidaten der Unionsparteien aber, den CDU-Vorsitzenden aus Mainz, hält der Bayer kaum der Rede für wert.

Auch jetzt noch, in der letzten, entscheidenden Phase des Bundestagswahlkampfes, wenige Tage vor dem 3. Oktober, kann der christlich-soziale Machtpolitiker seine Mißachtung für einen Kanzlerkandidaten, dem er sich überlegen fühlt, kaum verbergen. Nicht einmal in seiner fast zweistündigen Rede zum CSU-Wahlkampfauftakt in Münchens Olympia-Halle brachte Strauß es über die Lippen, den Spitzenmann der Unionschristen zu preisen.

Der CSU-Vorsitzende beansprucht im Bundeskabinett eines Kanzlers Kohl das erste und das letzte Wort. Im Deutschlandfunk sagte Strauß, Kohl bedürfe „in besonderm Maße“ des Bei-

stands und Rates durch einen „Mann der ersten Stunde“ (Strauß über Strauß). Dann, im Plöner Schloßhof im Schleswig-Holsteinischen, stellte er Kohl als Greenhorn vor, das „sicherlich noch nicht die Erfahrung eines Helmut Schmidt hat“.

Im SPIEGEL schließlich bat Senior Strauß gar um Nachsicht für Kohl: „Es kann nicht ein Junger, noch bevor er sein Amt übernimmt, Vollkommenheit erwerben, um das Amt übernehmen zu dürfen.“ Zugleich nahm er den grünen Kohl in den Arm und zur Brust: Der Bonn-Neuling brenne geradezu voll Dankbarkeit darauf, daß ihm gestandene Bundespolitiker ihren „durch nichts zu ersetzenden Schatz an Erfahrungen und Erkenntnissen auch zur Verfügung stellen“.

Je näher der Wahltag rückt, je züversichtlicher die Union wird, desto raumgreifender steckt der Bayer am Rhein die Claims ab, in denen er nach dem 3. Oktober sein Gold zu waschen gedenkt.

Das Abenteuer hat begonnen, und Strauß handelt nur konsequent. Schon

im Juni 1975, als sich die Unierten mühsam und widerwillig auf einen gemeinsamen Kanzlerkandidaten Kohl zusammenraufen, hatte der Bayer im Kommuniqué von allen gegenzeichnen lassen, daß eigentlich er der „geeignete Kandidat“ sei.

Gelingt es der CDU/CSU, ins Kanzleramt vorzustoßen, dann kann, geht es nach dem Willen der Rechten, ein Kohl nur davon träumen, „Herr aller Reußen“ zu sein, wie es ihm heute sein Mann im Ohr, Berater Gerd Bacher, einbläst. Obwohl er dann das bislang einmalige Kunststück vollbracht hätte, aus dem Stand der Opposition ohne Umweg die Regierung zu übernehmen, will ihm der Pate eines solchen Machtwechsels die Beute streitig machen.

Sein und seines Anhangs messerscharfer Rückschluß, daß nicht sein dürfe, was gar nicht sein könne: Die Wahl sei in Wahrheit mit ihren Sprüchen gewonnen worden. Kandidat Kohls einziges Verdienst: Er habe nicht gestört und, anders als Barzel vor vier Jahren, auch niemanden abgeschreckt.

Schon heute ist in der Union Gesetz, was der „geeignete Kandidat“ vor-schreibt. Widersprüchmacher vom Schlage der CDU-Sozialausschüßler halten den Mund. Die „soziale Badehose der CDU/CSU“ (SPD-Wehner) ist eingelaufen, die Union trägt Tanga.

Strauß war es, der beiden Unionsparteien für den Wahlkampf das Konfrontationsmotto „Freiheit oder/statt Sozialismus“ diktierete.

Strauß setzte durch, daß der Unions-Wahlkampf von Flensburg bis zum Bodensee, von Saarbrücken bis Hof nach Schema Sonthofen geführt wird. Leichtfuß Kohl hat zwar versprochen, das Krawall-Motto in der heißen Wahlkampfphase zugunsten einer seriösen Argumentation zurückzuziehen — heute ist davon keine Rede mehr.

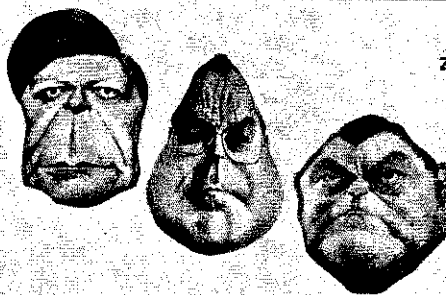
Strauß reklamiert öffentlich die Richtlinienkompetenz im Kabinett Kohl für sich. Ihm genügen nicht die grundgesetzlich garantierten Sonder-vollmachten eines Finanzministers. Der „Bild“-Zeitung erklärte er im August — ohne Einspruch des Nominal-Kandidaten —, er werde in ein Unionskabinett nur dann eintreten, wenn er entscheidenden Einfluß auf die Außenpolitik erhalte.

Vergangen sind die Zeiten, als CDU-Generalsekretär Biedenkopf sich noch traute, für den Spitzenkandidaten Kohl jene Richtlinienkompetenz zu verlangen, die einem Kanzler Kohl grundgesetzlich zustünde. Strauß schlug solchen Krach, daß die Einheit der Union in Gefahr geriet. Biedenkopf spielte Knickebein.

Pate Strauß handelt schon als Kabinettschef. Nach seiner Selbsternennung zum Finanzminister unter den Augen Kohls und vor Millionen Fernsehzuschauern drückte er beim Schattenspiel den CSU-Landesgruppenchef Richard Stücklen ins Post- und den bayrischen Kultusminister Hans Maier ins Bildungsressort. Wenig später, im zweiten Schub, stellte er von eigenen Gnaden den bayrischen Konzessions-Protestanten Werner Dollinger zum Verkehrs- und Oscar Schneider zum Wohnungsbauminister auf. Überdies behält sich der große Uhrmacher der Union das Recht vor, seine Figuren neu zu setzen. Einen Dollinger etwa, so sann er im vertrauten Kreis, könne man ja wieder zurückziehen und statt seiner den Jungstar der Landesgruppe, Carl-Dieter Spranger, aufs Justizressort schicken.

Nahm der CSU-Vorsitzende sich schon das Recht, die fünf von der CSU beanspruchten Kabinettsposten nach Gutdünken zu besetzen, so zeigte er auch bei der Auswahl der CDU-Kandidaten, wer der Stärkere ist. In den Schlüsselressorts ließ er nur CDU-Politiker seiner Wahl zu.

Mit seiner bemehlten Pfote wischte Strauß den Wunschkandidaten Kohls für das Außenamt, den feinsinnigen Richard von Weizsäcker, den „ökumeni-



STRAUSS: ENERGISCH UND UNEHRLICH

Das Bonner Infas-Institut stellte in einer Repräsentativ-Untersuchung fest, welche Eigenschaften die Bundesbürger dem Kanzler Helmut Schmidt, dem Kanzlerkandidaten Helmut Kohl und dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß zuschreiben. Zugleich ermittelte Infas davon unabhängig in einer weiteren Untersuchung, welche Eigenschaften der „ideale Bundeskanzler“ besitzen soll.

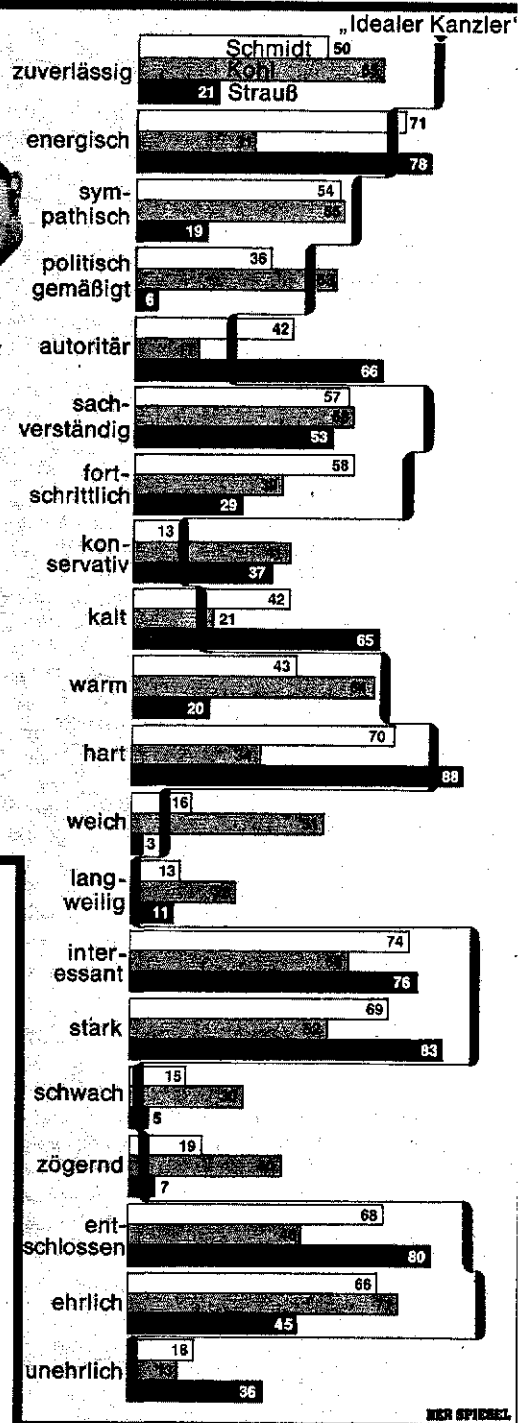
Lesebeispiel: 68 von 100 Bundesbürgern erwarten vom „idealen Kanzler“, daß er energisch ist. Dies meinen von Strauß 78, von Schmidt 71 und von Kohl 31 Prozent der Befragten.

schen Weltbischof“ (Strauß), beiseite. Er reservierte diesen Hauptposten für den CDU/CSU-Fraktionschef, den Näsel-Hanseaten Karl Carstens — einen erzkonservativen Kohl-Gegner, der bei CSU-Parteitagen im Trachtenanzug antritt und seinem Gönner Strauß die Reverenz erweist. Daß Carstens Front gegen das Ja des eigenen Parteivorsitzenden Kohl zur Verabschiedung der Polenverträge machte, ist für seine rechten Freunde eher ein Befähigungsnachweis.

Das Schlüsselressort des Innenministers besetzte Strauß mit dem Rechts-Hessen Alfred Dregger, von dem der CDU-Linksaußen Blüm 1971 noch arglos gesagt hatte, er sei „sicherlich für Führungsaufgaben geeignet, wenn die CDU reine Konservativ-Partei werden will, was ich nicht hoffe und was nicht meine Partei ist“. Dreggers große Stärke ist es, den Bayern-Boß außerhalb der weiß-blauen Grenzpfähle zu dou-beln. Was ihn gefährlicher als das Original macht: Der Mann hat Manieren.

Dregger, den Strauß landauf, landab als „einen aufrechten Mann“, einen „großartigen Parteivorsitzenden“ feiert, hat nie einen Hehl aus seinem distanzierten Verhältnis zu Kohl gemacht. Im vergangenen Jahr noch versuchte Dregger, auf Drängen von Strauß, in letzter Minute als Anwärter für die Kanzler-Kandidatur ins Gespräch zu kommen.

Seinen Einfluß auf das Verteidigungsministerium glaubt Strauß durch



den politisch indifferenten Manfred Wörner gesichert, einen passionierten Jet-Piloten, dessen konkrete Utopie sich in der aerodynamischen Formel „Mach 3“ erschöpft. Nominiert hatte ihn Strauß-Freund Hans Filbinger als Repräsentanten des starken rechtslastigen baden-württembergischen Landesverbandes.

Die Südschiene der Union, jenes Trutzbündnis der Rechten aus CSU und CDU, ist damit tragendes Element des Kohl-Kabinetts und seiner künftigen Bundespolitik.

In der Versenkung verschwunden sind, zumindest in diesem Wahlkampf,

all jene liberalen Figuren, die geglaubt hatten, Oberwasser zu bekommen, als die „neue CDU“ unter dem Youngster-Duo Albrecht und Kiep Anfang des Jahres in Niedersachsen an die Macht kam und die Union bundesweit aus einem Stimmungstief herausriß.

Jetzt hat Kohl große Mühe, seinen engsten Vertrauten, den zum linken CDU-Flügel gehörenden rheinland-pfälzischen Arbeitsminister Geissler, in seiner Kabinettsmannschaft unterzubringen. Dem bayrischen Pauker paßt ein Geissler nicht, der sich in der CDU mit der „neuen sozialen Frage“ nach dem Schicksal der Randgruppen und Unterprivilegierten gemeldet hat, für die Konservativen nur unnötige Ausgaben.

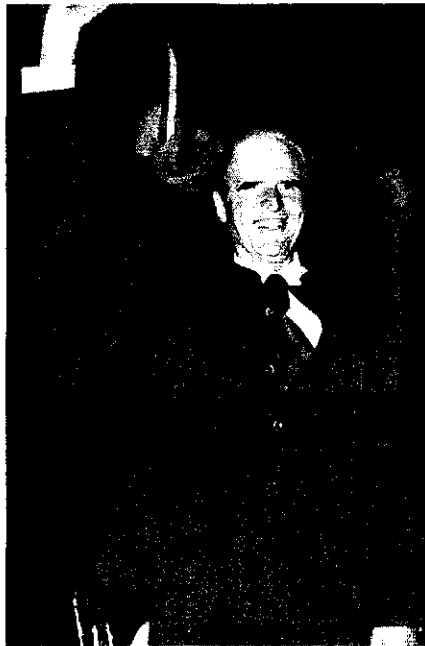
Als die CSU auf ihrem Wahlkampf-spektakel in der Münchner Olympiahalle die Porträts der wichtigsten Mitglieder einer Unionsregierung an die Decke projizierte, fehlte das Bild des Vorsitzenden der CDU-Sozialausschüsse. Der Katzer-Kopf, im 72er Wahlkampf noch einer der Stars der Union und gemeinsam mit Schröder, Strauß und Barzel im Unglücks-Kleeblatt plakatiert, ist unter Kohl zweite Wahl.

CDU-Generalsekretär Biedenkopf, der nach seinem Amtsantritt als Vordenker einer neuen liberalen CDU-Politik von sich reden machte, ist im Wahlkampf auf Strauß-Kurs geschwenkt. Auf dem Parteitag in Hannover ließ er die CDU in Straußens Sozialisten-Halali „Freiheit oder/statt Sozialismus“ mit einstimmen.

Genauso geschmeidig, wie Biedenkopf sich vor zwei Jahren von Kohl zu Strauß wandte, als er währte, die Union werde den Bayern zum Kanzlerkandidaten nominieren, und genauso schnell, wie er von Strauß wieder abbrückte, als die Union sich für Kohl entschied, dient er sich jetzt wieder dem starken Hintermann Kohls an.

Peinlich wirkte es auf die Männer vom Arbeitnehmerflügel, als Biedenkopf am vorletzten Freitag Arm in Arm mit jenem Mann in die Bochumer Ruhrland-Halle einzog, der vor Jahresfrist die Ablösung Biedenkopfs vom Generalsekretärs-Posten der CDU betrieb, weil der, gegen den Willen des CSU-Vorsitzenden, Kohl zum Kanzlerkandidaten der Union ausgerufen, ihm in der Opposition eine Richtlinienkompetenz für die Gesamt-Union zugesprochen und ans linke Ahlener Grundsatzprogramm der CDU erinnert hatte. Strauß damals: „Dem Bürscherl hätte man rechtzeitig Kunstdünger in die Schuhe schütten müssen.“

Willfährig zieht sich Biedenkopf nun das Hemd des Meßdieners über, wenn es gilt, den neuen Messias zu feiern, der im Bochumer Biedenkopf-Wahlkreis der CDU-Gemeinde Trost und Zuversicht spendet: „Ich bin auch gekom-



Strauß-Freund Carstens
Reverenz im Trachtenanzug

men, euch zu sagen, fürchtet euch nicht!“

Gab's beim Einzug in der Bochumer Ruhrland-Halle Küsse und Blumen für den Bayern, so blickte zum Abschluß der „kleine Professor“, wie Strauß ihn eben noch in seiner Wahlrede verspottet hatte, dankbar zu dem Kraftprotz auf, tätschelte mit der Rechten die Linke des Bayern und versuchte dann zaghaft, den kurzen Arm um die stämmige Hüfte des gestandenen Mannsbilds zu legen.

Wenn alte Widersacher vor ihm auf dem Rücken liegen, empfindet Strauß Augenblicke des Triumphes. Die Macht genießt er sinnlich. Herrschaft und Geltung sind die Fixpunkte des Umgetriebenen.

Hat er einmal Witterung aufgenommen, dann halten ihn Fragen nach dem Warum und Wofür des Machtgebrauches nicht lange auf, ihn treiben das Ob und das Wie.

Machttrieb und IQ-Potenz vermischen sich dabei zu einem brisanten Amalgam, das Strauß-Kenner in seinen wilden Jahren fürchten ließ, er könne, wenn er schon mit der Pistole im Hosensack herumlaufe, auch damit schießen; wenn er schon über Atombomben verfüge, auch damit schmeißen; wenn er schon die Opposition mundtot machen wolle, auch linke Blätter ausräuchern.

Allein der Lauf der Jahre hat Feind wie Freund belehrt, daß die Macht des Bayern ihre Grenzen hat, die er sich unbewußt selber zieht. Sein Unvermögen, Macht mit Maßen ausüben zu können, läßt seine Umwelt hoffen, Strauß-Übermacht schlage früher oder später in Strauß-Ohnmacht um.

Apart ergründete sein langjähriger Rivale aus den Plisch-und-Plum-Zeiten der Großen Koalition, Karl Schiller, das Strauß-Phänomen. Er beschrieb es als den „Auerhahn-Effekt des FJS“, jene Weidmännern geläufige Eigenart der Waldhähne, die sie während der Balz taub für Gefahren macht. Das ist die hohe Zeit des pirschenden Jägers.

Und so war es Mal für Mal der „Auerhahn-Effekt“, der einen Strauß und mit ihm die Deutschen davor bewahrte, daß der Bayer die höchsten Stufen von Reputation und Macht im Staat erklimmte.

Als er den SPIEGEL erledigen wollte, stürzte er selber. Als er Kandidat Kohl verhindern und mit einer bundesweiten Vierten Partei die eigene Kanzlerschaft betreiben wollte, ließ ihn sein Anhang im Stich. Als er Bayerns Ministerpräsidenten zum Nein gegen die Polenverträge zwingen wollte, verweigerte Alfons Goppel unter dem Applaus des CSU-Parteitages den Gehorsam. Und als er seinen Stellvertreter im Landesvorsitz, Franz Heubl, mitten im Vorwahlkampf abschießen wollte, überschätzte er seine Macht über die CSU-Kreisvorsitzenden, die sich vor den



Strauß-Freund Wörner: Glücklich bei Mach 3

Strauß-Gegner stellten. Der Strauß ist immer auf der Balz.

Dabei hat für ihn, den Kleinbürgersohn aus Münchens unterer Mittelschicht, der Drang nach Reputation geradezu traumatische Bedeutung. Grotesk, wenn der heute postenlose Oppositionspolitiker im Freundesgespräch ehrlich bedauert, die beamtenrechtlich

abgesicherte Lehrerkarriere einst zugunsten der windigen Politik ausgeschlagen zu haben. Der Etatist, dessen politische Laufbahn über die Höhen eines Bonner Sonderministers, eines Atomministers, eines Verteidigungsministers und eines Finanzministers geführt hat, meint es ernst, wenn er klagt: „Stadtschulrat hätte ich heute sein können in München.“

Seine Karriere-Täler füllte er aus mit hektischen Reputationsübungen. In der SPIEGEL-Krise als übermächtiger Verteidigungsminister abgeschossen, bereitete er sich mit volkswirtschaftlichen Studien an der Universität Innsbruck auf einen neuen Start als Mann der Wirtschaft vor. Mit einem ordentlichen Doktorhut vermochte er dennoch nicht nach Bonn zurückzukehren, da-

gegen gern, daß er dennoch unentwegt in Geschäften unterwegs ist — weniger wegen des Warum und Wofür, mehr wegen des Ob und Wie.

Das große Geld dünkt Strauß Ausweis von Geltung und Macht, zugleich Passeport für ein Ambiente, das der im Vergleich zu seinen reichen Freunden nur mäßig bemittelte Strauß (geschätztes Vermögen: vier Millionen Mark) allzugenutzt.

Nur zu gern nassauert er bei seinem Freund Friedrich Jahn, dem reichen Selfmade-Hühnerbrater, auch wenn es nur darum geht, zur Einweihung einer neuen Wienerwald-Filiale nach New York zu jetten — mit anschließendem Taubenfüttern im Central Park. Nur zu gern pirscht er im Revier seines Freundes Walter Schöll, eines betuchten Münchner Anzeigenakquisiteurs, im Tennengebirge.

Ambitionen und Ambiente bewirken, daß für ihn Geltung und Geld bisweilen zu Synonymen verschwimmen. Wann immer in seinem Dunstkreis Gerüchte um Korruption aufkommen, stets bleibt an ihm zu Recht oder Unrecht etwas haften. Sei es, daß der Onkel Aloys mit seinen geheimnisvollen Koffern bei Strauß ein und aus ging. Sei es, daß der ehemalige CIC-Offizier und Strauß-Freund Ernest F. Hauser in seinem grünen Notizheft, in dem er über Lockheed-Schmiergelder Tagebuch führte, die Buch-

staben „FJS“ eingetragen hatte. Strauß, der Hausers grünes Buch inzwischen bei seinen Akten hat: „Das ist eine Fälschung, mir soll mal einer nachweisen, daß ich nur einen Pfennig von Lockheed bekommen habe“ (siehe Seite 120).

Daß einem Strauß alles zugetraut wird, kann nicht nur an der Böswilligkeit seiner Kritiker liegen. Daß er durch Macht korrumpierbar ist und keine Skrupel kennt, wenn es um seinen Vorteil geht, hat er in Wort und Tat schon zu oft offenbart.

So wie Strauß redet, so wie er handelt, sind auch Zweifel angebracht, ob jene 78 Prozent der deutschen Wähler noch zu Recht daran glauben, bei einem Wechsel der Regierungsgewalt von der sozialliberalen Koalition zur CDU/CSU werde sich „wenig“ oder „im Grunde nichts“ (Infratest) ändern.

Wenn man ernst nimmt, was Strauß, Dregger und Carstens in diesem Wahlkampf an Veränderung predigen, dann wird unter ihrem Regiment das Klima

umschlagen, dann wird es kälter werden im Innern und nach draußen:

▷ raus aus einer mühseligen Entspannungspolitik gegenüber dem Osten mit all ihren Rückschlägen — rein in die Verhärtung der Fronten, bei der es im Zeichen der äußeren Sicherheit auf Entspannungsschritte nicht mehr ankommt;

▷ weg von einer Politik der teuren und risikoreichen Reformen, die immerhin ein Stück mehr Gerechtigkeit und Solidarität in der deutschen Nachkriegs-Gesellschaft schaffen sollten — hin zum bloßen Konservieren historisch gewachsener Machtstrukturen in Wirtschaft und Gesellschaft;

▷ runter von einer Politik, die von staatlicher Bevormundung befreien wollte (vom Sexualstrafrecht bis zum Eherecht, vom Demonstrationsstrafrecht bis zur Abtreibungserleichterung) — statt dessen Rückkehr zu law and order.

Es soll niemand sagen, Strauß & Co. hätten nicht angekündigt, worauf es ihnen ankommt, wenn sie „Freiheit statt Sozialismus“ praktizieren wollen.

Karl Carstens, Kohls designierter Außenminister, macht im Wahlkampf deutlich, wie er mit der DDR umzuspringen gedenkt. Vor Teens und Twens bedauerte er es in der Diskothek „Mad John“ im schleswig-holsteinischen Bad Schwartau, daß an den Pfählen der nahe gelegenen deutsch-deutschen Grenze nur noch das Wort „Grenze“ steht: „Zonengrenze, das wäre mir lieber.“

Und: Bonner Protestnoten gegen Grenzzwischenfälle, „die Herr Gaus in Ost-Berlin irgendwo ablegt“, seien ja doch zu nichts nütze: „Eine schreckliche Geschichte, bis er da irgend jemanden findet.“ Dann sei es schon besser, die DDR vor ein Menschenrechtstribunal der Uno zu bringen und dort auszurufen: „Ihr Völker der Welt, helft uns, daß das aufhört.“

Ganz wie in alten Zeiten weist Carstens-Gönner Strauß in seinen Wahlreden Entspannungspolitikern vom Schlage Egon Bahrs und anderen „Luxus-Linken“ den Weg über den Eisernen Vorhang: „Warum gehen sie nicht dahin, wo es ihnen gutgehen würde, dorthin, wofür ihr Herz schlägt.“

Redet CDU-Kohl im Lande noch davon, auch eine von ihm geleitete Regierung werde die Entspannungspolitik nach Osten „Zug um Zug“ fortsetzen, so hat sein Finanz-, Außen-, Sicherheitsminister Strauß draußen in der Welt schon längst die Entspannungspolitik abgeschrieben. In einem Interview mit der Peking „Volkszeitung“ empfahl er sich seiner Achsenmacht an der russischen Ost-Front Anfang August



Strauß, Anpasser Biedenkopf: Dankbarer Blick

für mit einer angelernten Suada wirtschaftswissenschaftlicher Fachtermini von brutto bis netto, von input bis output, was ihm im Bundestag den historischen Zuruf „put-put“ einbrachte.

Was das Kolleg in Innsbruck nicht schaffte, mußte der Doktor honoris causa wettmachen, jener „Herr Doktor“, ohne den ehrerbietig entboten zu haben sich kein bayrischer Bittsteller unter die Augen des CSU-Landesvorsitzenden traut.

Die Funktion eines Aufsichtsratsvorsitzenden der Deutschen Airbus GmbH verleiht ihm heute jenes Flair eines Industriellen, ohne das er über die amts- und mithin freudlose Zeit nicht hinüberkommen könnte. Es ist die Zeit, die dem rastlos von München nach Athen, von Mobutu zu Vorster Jetten den zweifelhaften Ruf einbrachte, er sei in Rüstungsgeschäften unterwegs. Kenner der Straußschen Psyche freilich zweifeln, ob der Rastlose auch nur einen Flitzebogen an den Mann zu bringen vermag. Sie bestätigen ihm da-

als Politiker, der nicht der „Entspannungsillusion“ anhängt.

Dazu paßt, daß Strauß und mit ihm seine Trabanten in der Union den Westen, einschließlich der Vereinigten Staaten, schurigeln, weil er dem morschen Wirtschaftssystem des Ostens mit Milliardenkrediten helfe und so dessen Aufrüstung bezahle. Strauß: „Wir können doch nicht unseren eigenen Selbstmord finanzieren.“ Denn das gehört zum Strauß-Credo: daß noch in diesem Jahrzehnt das sowjetische Imperium entweder zerbreche oder der dritte Weltkrieg ausbreche.

Für den Fall einer Machtübernahme durch die Union verspricht Strauß-Helfer Wörner, die Bundeswehr noch schärfer zu machen, durch „Verbesserung der Präsenz“ in den Heeresverbänden, „Mobilisierungsübungen“ und ein „neues Reservisten-Konzept“, vor allem aber dadurch, daß Finanzminister Strauß den Verteidigungsausgaben „allererste Priorität“ einräume.

Wiederverhärtung droht auch im Inneren. Nicht von ungefähr und nicht ohne Rückendeckung hat Biedenkopf den Gewerkschaften den Kampf angesagt, eine Wahlkampfstrategie, die von besonnenen Unionspolitikern als gefährlich angesehen wird. So wird klar, wen Biedenkopf im Visier hat, wenn er seit seinem Amtsantritt gegen die „Macht organisierter Gruppen“ polemisiert: Ihn stören die Gewerkschaften, nicht die Arbeitgeberverbände.

Schon vor der Wahl hat die Union der Wirtschaft versprochen, einmal gewählt, werde sie die Unternehmen von der Umlage befreien, die gerade erst von den Sozialliberalen zur Finanzierung zusätzlicher Lehrstellen beschlossen worden ist. Schatten-Wirtschaftsminister Stoltenberg hat den Unternehmern steuerliche Investitionsanreize ausgelobt, die nach seinen Berechnungen jährlich vier bis fünf Milliarden Mark kosten sollen, nach denen des Bundesfinanzministeriums neun Milliarden Mark.

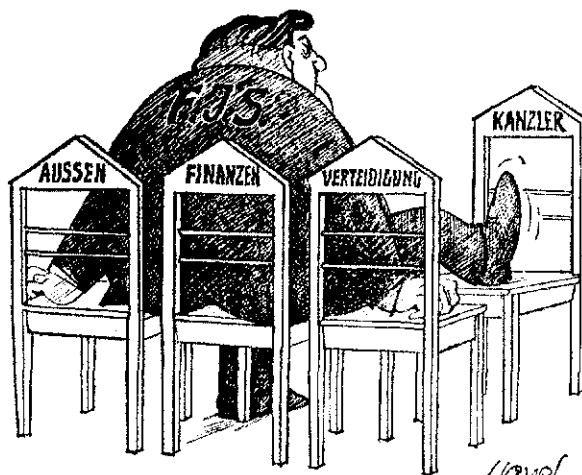
Wie die Offerte in Vorstandsetagen und Kontoren aufgenommen werden soll, entwickelte Stoltenbergs Kultusminister Braun. Auf einer Wahlveranstaltung im Ostseebad Strande kündigte er an: „Wenn gegen 21 Uhr am 3. Oktober die ersten stichhaltigen Hochrechnungen vorliegen und aus dem Trend zu sehen ist, daß wir die nächste Regierung stellen, so kann ich Ihnen

versichern, daß noch in der Nacht die Unternehmer in diesem Land die Investitionsentscheidung treffen. Und wenn am Montag die Arbeitnehmer wieder in die Betriebe kommen, dann sind die Auftragsbücher voll.“

So könnte tatsächlich das Schmidt-Wort in Erfüllung gehen, unter einer CDU/CSU-Regierung gerate der soziale Frieden in der Bundesrepublik in Gefahr.

Auch in der Sozialpolitik verheißt Straußens Caritas-Credo Rückschritt. Sollte er das Sagen bekommen, dann träte an die Stelle des — allerdings kostspieligen — Netzes sozialer Sicherungen wieder die Gratifikation für die Bedürftigen, die Sozialpolitik aus der Uhrtasche.

Ein Kanzler Kohl besäße nicht den Durchblick, seinem Finanzminister auf



Der Schattenkanzler

Kölner Stadt-Anzeiger

die Finger zu sehen. Zum Entsetzen seiner Berater hatte er schon während des Druckerstreikes im Frühsommer blindlings einen Lohnnachschatz befürwortet und später ungefragt zugesagt, die Sozialrenten um zehn Prozent zu erhöhen.

Am sinnfälligsten fiel die Tendenzwende durch den Personenwechsel im Innenministerium vom liberalen Maihofer (Strauß: „Als wenn man den Karajan zum Gewerkschaftsvorsitzenden gemacht hätte“) zum Sicherheits-Dregger aus. Dann würde der Radikalerlaß zum Berufsverbot für den letzten öffentlichen Hilfsarbeiter ausgebaut, das Demonstrationsstrafrecht so verschärft, daß auch wieder die Mitläufer gejagt werden könnten, die Antiterrorismus-Gesetzgebung um die Kontrolle des mündlichen Verkehrs zwischen Anwalt und Mandant erweitert, das Polizeirecht um den gezielten Todesschuß ausgebaut (siehe Interview Seite 36).

Geht es nach Dregger, dann wird rechte Prophylaxe Trumpf sein im

deutschen Schulwesen. An die Stelle der Erziehung zur Kritik soll die alte deutsche Lernschule ohne „sozialistische Mengenlehre“ treten. Original-Ton Dregger: „Die Liebe zum Vaterland“ werde wieder „in die Herzen der Kinder“ gepflanzt. Und das soll dann ein Vaterland werden, in dem sich die Polizisten „wieder wohl fühlen“. So ist das.

Und so wird das werden, wenn der Mann, der Kohl regiert, mit seinen Konservativen in Bonn die absolute Herrschaft übernimmt.

Daß die CDU/CSU die absolute Mehrheit gewinnt und daß Strauß und die alten Kameraden das Heft in die Hand bekommen, das kann ein gemäßiger Kanzlerkandidat Kohl eigentlich nicht wollen. Er muß, will er ein unabhängiger Kanzler werden, seine Stärke in der Schwäche suchen. Im stillen wünscht er für sich — und vielleicht aus Liebe zu Deutschland — ein Wahlergebnis lieber knapp unterhalb der Mehrheit als knapp darüber.

Nur so können nach den Tüfteleien des bauernschlaues Pfläzlers weder Schmidt/Genscher geordnet weiterregieren noch Strauß/Dregger die Macht an sich reißen. Die Freidemokraten sollen Kohl sofort oder nach einer Schamfrist die Wahl zum Kanzler und danach auch die Ausübung seiner Regentschaft garantieren.

In der Tat könnte nur die FDP aus ihrer Schlüsselstellung heraus

- ▷ die Strauß-Setzlinge Carstens und Dregger aus den Chefstühlen des Außen- und Innenressorts verdrängen,
- ▷ Kohls liberalen Flügel stark machen und verhindern, daß Strauß sich als Überkanzler einnistet.

Zu Recht sorgt sich Strauß vor den Freidemokraten, am meisten davor, sie könnten ihr Rüberpendeln zur Union von seinem Ausscheiden aus der Regierungsmannschaft abhängig machen. Im jüngsten SPIEGEL-Gespräch warnte er deshalb öffentlich vor solch „undemokratischer Einstellung“.

Verliert Kohl aber bei den Wahlen so ordentlich, daß er seine Hoffnung auf die Bürgerkoalition begraben muß, dann hat er gleich zweimal das Vergnügen mit Strauß. In der partei-internen Auseinandersetzung wird der Bayer versuchen, ihm die Schuld zuzuschieben und ihn zu stürzen.

Entkommt Kohl dem Strafgericht — immerhin wird er sich wohl darauf berufen können, die Union wieder zur stärksten Fraktion im Bundestag gemacht zu haben —, bleibt ihm auch dann der Peiniger erhalten. Denn entscheidet er sich, als Mainzer Ministerpräsident die Unionsmehrheit im Bundesrat gegen die Bundesregierung zu führen, dann würde ihm der bayrische Ministerpräsident Franz Josef Strauß auf die Finger gucken.

Seinen Paten wird der Neffe nicht los. ♦